

## Sessionsbericht – Frühjahrssession 2025

**3. März bis 21. März 2025**

*Von Christian Steiner, Fraktionssekretär*

### **Vier Lastwagen für ein Halleluja**

Zunächst fehlte nur eine Stimme. Im zweiten Wahlgang war es dann mehr als deutlich. Die Schweiz hat einen neuen Bundesrat: Martin Pfister. Ein Zentralschweizer Regierungsrat hat den Start-Ziel-Sieg von Nationalrat Markus Ritter verhindert. Ich gratuliere dem neuen Bundesrat ganz herzlich. Mit dem VBS übernimmt er ein Schlüsseldepartement für die Sicherheit unseres Landes.

Die fast schon langweilige Bundesratswahl wurde von vielen Beobachtern und Medienschaffenden verfolgt. In der Wandelhalle war an diesem Tag deutlich zu spüren: Es gibt keine Medienkrise in diesem Land. Es wimmelte nur so von Chefredaktoren, Kameras, Mikrofonen und Hauptstadtjournalisten. Mangel an Berichterstattung und Information? Fehlanzeige. Selbst mit einem Smartphone konnte man für seine Plattform über eine solche Wahl berichten und sie zum Ereignis machen.

So viele Journalisten wie sonst nie waren im Bundeshaus. Der Markt lebt und zeigt, dass Berichterstattung auch ohne staatliche Subventionen möglich ist. Statt diesen lebendigen Markt zu akzeptieren und allenfalls auf andere Lücken in der Berichterstattung hinzuweisen, haben die verschiedenen Sender und die Journalisten von SRF mehr als nur zur Hektik beigetragen. Die Staatssender richteten sich mit der grossen Kelle ein. Mehrere Räume wurden ausgeräumt und nicht weniger als vier grosse Übertragungswagen vor dem Bundeshaus parkiert. Etwas mehr Demut, gute Recherche und faire Berichterstattung würden hier mehr helfen, um das Verständnis in Politik und Bevölkerung zu erhalten. Aber da braucht es wohl die Halbierungsinitiative, um der SRG auf die Sprünge zu helfen.

## 1 Fehlende Arbeitskräfte, massive Asylumigration

Mit ihrer Kündigungsinitiative will die SVP den bewährten bilateralen Weg abbrechen. Ausgerechnet jetzt, wo Russland einen völkerrechtswidrigen Krieg führt und Trump den Welthandel sabotiert, sollen die alten, bewährten Verträge der Schweiz fallen. Unsere Spitäler würden kollabieren, die Restaurants schliessen, viele KMUs könnten einpacken. Und die Schweiz würde zum Mekka für Asylumigration. Die FDP wird die Initiative mit aller Kraft bekämpfen – im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Dies hat die Partei an einer Medienkonferenz während der Session klar gemacht. Möchten Sie sich engagieren? Kämpfen Sie mit und schützen Sie die Interessen von KMU, Mittelstand und arbeitender Bevölkerung. Hier können Sie mitkämpfen: [kuendigungsinitiative-nein.ch](https://www.kuendigungsinitiative-nein.ch)

## 2 Individualbesteuerung: Mitte-links vergiftet Vorlage

Bei der Beratung der Individualbesteuerung fiel immer wieder ein Wort, das im Ständerat nicht oft zu hören ist: Revolution! Ausgerechnet die Steuerpolitik sorgte aber für viel Pathos. Die Ständeräte sparten nicht mit markigen Vergleichen. Von der Französischen Revolution bis zur Sowjetunion wurden historische Anekdoten angebracht. Nüchterner ausgedrückt brachte es Ständerat und Parteipräsident Thierry Burkart auf den Punkt: Die Individualbesteuerung ist «ein gesellschaftspolitisches, ein steuerrechtliches und ein wirtschaftspolitisches Gebot».

Zwar ist es erfreulich, dass der Ständerat die Gesetzesvorlage angenommen hat. Jedoch ist das Geschenk vergiftet: Mitte-links hat auf dem Buckel der Frauen massiv höhere Steuern durchgedrückt. Bürgerinnen und Bürger müssten im Vergleich zum Vorschlag des Bundesrats mehrere hundert Millionen Franken mehr bezahlen. Nun muss der Nationalrat korrigieren.

## 3 Lob für Banken-PUK

Der Stände- und Nationalrat haben sämtliche Vorstösse der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) angenommen. Auch die FDP hat die Vorstösse unterstützt. Die Empfehlungen der PUK decken sich mit den Forderungen, die die FDP bereits zu Beginn der CS-Krise eingebracht hat. Wir wollen ein stabiles Finanzsystem – eines das den Bürgerinnen und Bürgern dient und nicht zur Gefahr für unsere Volkswirtschaft wird. Das heisst, der Bankenplatz muss gesichert werden, aber die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler müssen geschont werden. Und wie es PUK-Mitglied und Nationalrätin Daniela Schneeberger ausdrückte: «Für die FDP ist klar: Wer Verantwortung trägt, muss zur Verantwortung gezogen werden können.»

## 4 Freihandelsabkommen mit Indien: Ein Sieg für die Schweiz

Die eidgenössischen Räte haben grünes Licht für die Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit Indien gegeben, das vor einem Jahr nach sechzehnjährigen Verhandlungen mit den anderen EFTA-Mitgliedern (Island, Liechtenstein und Norwegen) unterzeichnet worden war. Dieses Abkommen wird die Zölle für 94,7% der Schweizer Exporte nach Indien senken, einem Markt, auf dem die Zölle traditionell sehr hoch sind. Für die FDP ist klar: Dies ist eine diplomatische Meisterleistung und ein wichtiger Schritt in unseren Handelsbeziehungen. Dieser bedeutende Fortschritt ermöglicht der Schweiz, ihren Zugang zu ausländischen Märkten zu diversifizieren, ein strategisches Ziel, für das sich unsere Partei seit langem einsetzt.

## 5 Ständerat tritt auf Wirtschaftskiller ein

Der Ständerat hat entschieden, auf das Investitionsprüfgesetz einzutreten – eine bedauerliche Entscheidung aus Sicht der FDP. Mit der Einführung einer Investitionsprüfung sollen Übernahmen von inländischen Unternehmen durch ausländische Investoren verhindert werden können, wenn diese Übernahmen die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Schweiz gefährden oder bedrohen. Zu diesem Zweck sieht der Gesetzentwurf vor, Übernahmen von inländischen Unternehmen einer Genehmigungspflicht zu unterstellen.

Wir setzen uns für eine offene, wettbewerbsfähige Schweiz ein, die nicht durch unnötige Bürokratie und Investitionshemmnisse belastet wird. Die vorgeschlagene Gesetzgebung schafft Unsicherheit für ausländische Investoren und gefährdet den Standort Schweiz. Nun geht das Gesetz zurück in die zuständige Kommission des Ständerates. Die FDP wird sich dort für eine möglichst schlanke, wirtschaftsfreundliche Lösung einsetzen.

## 6 Keine Chance für Juso-Enteignungsinitiative

Der Nationalrat hat beschlossen, Volk und Ständen die Juso-Enteignungsinitiative, die eine hohe Erbschaftssteuer fordert, zur Ablehnung zu empfehlen. Der Entscheid war deutlich. Diverse Gegenvorschläge von Links hatten keine Chance.

Die FDP hat in der Beratung betont, wie schädlich die Enteignungsinitiative für die Schweiz wäre. Die Initiative würde die Weitergabe von Familienbetrieben massiv erschweren bis verunmöglichen. Ein Grossteil der Betroffenen würde wegziehen, was gar zu Mindereinnahmen für den Fiskus führen würde. Und für die innovative Jungfirmen wäre die Schweiz nicht mehr attraktiv.

Nun kommt die Initiative in den Ständerat. Die Initiative muss möglichst schnell vors Volk kommen, damit deren gefährliche Vorwirkung abgewendet ist.

## 7 Asylpolitik im Brennpunkt

In der ausserordentlichen Session «Asyl und Souveränität» spitzte sich die Debatte um eine strengere Asylpolitik zu. Der Fokus lag auf einer konsequenten Steuerung des Asylwesens, robusten Massnahmen zur Grenzsicherung und klar definierten Regeln beim Familiennachzug. Die FDP unterstützte überwiegend alle Initiativen – bis auf die Motion, die eine flächendeckende Überwachung der Landesgrenzen forderte.

Mit 127 Stimmen setzte sich zudem eine eigene Fraktionsmotion durch. Diese beauftragt den Bundesrat, gezielt Massnahmen zu entwickeln, die logistische Hürden im Vollzug von Wegweisungen abbauen und stark belastete Kantone mit zusätzlichem Personal sowie finanziellen Mitteln entlasten. Ziel ist es, den Rückführungsprozess effizienter zu gestalten und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen nachhaltig zu stärken.

Diese Entscheidungen unterstreichen unser Engagement für ein ausgewogenes und rechtsstaatliches Asylsystem – eines, das den Schutz unserer Grenzen gewährleistet, die Sicherheit in der Asylpolitik verbessert und gleichzeitig verfassungsmässig garantierte Rechte sowie die internationale Glaubwürdigkeit der Schweiz wahrt.

## 8 Eigentumsschutz stärken

Mit der Gesetzesvorlage «Besitzschutz bei verbotener Eigenmacht an Grundstücken» wird ein entscheidender Schritt zur Stärkung der Rechte von Immobilienbesitzern unternommen. Ziel der Vorlage ist es, den Schutz bei illegalen Besetzungen zu vereinfachen und die Verfahren klarer zu strukturieren. So wird etwa Artikel 926 des Zivilgesetzbuches dahingehend angepasst, dass der bisher unrealistische Begriff «sofort» durch eine Reaktionsfrist in einem «angemessenen Zeitraum» ersetzt wird. Darüber hinaus ermöglichen die Änderungen an den Verfahrensartikeln den Behörden, rascher und effektiver gegen Hausbesetzungen vorzugehen, ohne dabei

den rechtlichen Rahmen zu verwässern. Die Vorlage, die in Folge der Motion Feller entstand, verspricht somit eine spürbare Verbesserung der Rechtsklarheit und Sicherheit für Eigentümer in der Schweiz. Der Entwurf wurde vom Nationalrat angenommen.

## **9 Rechtsfrieden bewahren – Sammelklagen bleiben aussen vor**

Der Nationalrat ist nicht auf die Vorlage zur Einführung kollektiver Klagen eingetreten. Die FDP Schweiz bekräftigt damit ihr Bekenntnis zum bewährten schweizerischen Rechtsverständnis. Anstelle riskanter Sammelklagen, die zu einer «Klageindustrie» führen könnten, setzen wir auf effiziente und kostengünstige aussergerichtliche Streitbeilegungsmechanismen wie Mediation. Diese Instrumente schützen den Wirtschaftsstandort und wahren das ausgewogene Verhältnis zwischen den Risiken und Chancen gerichtlicher Verfahren.

## **10 Opferkontrolle statt Staatszwang: Das neue Stalking-Delikt**

Im Geschäft zur Differenzbereinigung des Stalking-Tatbestands (Art. 181b StGB) hat der Nationalrat der Mehrheit gefolgt. Die neue Fassung umschreibt das Delikt als Antragsdelikt – also auch in Paarbeziehungen – und unterstreicht damit die Autonomie der Opfer, selbst über die Eröffnung eines Strafverfahrens zu entscheiden. Trotz intensiver Debatten bleibt die Frage offen, ob in Intimpartnerschaften nicht ein Officialdelikt sinnvoller wäre. Die FDP-Liberale Fraktion unterstützt jedoch den bestehenden Ansatz, da er verhindert, dass Opfer ungewollt in ein Strafverfahren gedrängt werden, und schickt das Geschäft zur weiteren Behandlung an den Ständerat zurück.

## **11 Laboranalysen: Mehr Marktfreiheit im Gesundheitswesen**

Mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen gestaltet dieses effizienter und kann Kosten reduzieren. Der Nationalrat hat nun entschieden, bei den Laboranalysen einen Schritt in diese Richtung zu gehen. Bisher werden die Tarife der Laboranalysen nicht zwischen den einzelnen Akteuren ausgehandelt, sondern vom Eidgenössischen Departement des Innern festgelegt. Diese Labortarife sind in der Schweiz – auch kaufkraftbereinigt – im internationalen Vergleich sehr hoch. Laboranalysen belasten die Grundversicherung mit über 2 Milliarden Franken pro Jahr, jedoch haben Prämienzahlende heute keinen Einfluss auf diese Preise. Mit der Entscheidung des Nationalrats wird die freie Marktwirtschaft im Gesundheitswesen gestärkt.

## **12 Kein weiterer starker Ausbau der Bundesausgaben in der Presseförderung**

Eine weitere Vorlage zum Ausbau der Presseförderung wurde diskutiert. Dies soll über weitere Beiträge für die Regional- und Lokalpresse, die Mitgliedschafts- und Stiftungspressen sowie Frühzustellungen erfolgen. In der Diskussion in den Räten ging es um die Höhe der Beiträge und ob gewisse der Beiträge aufgehoben werden sollen. Dabei handelt es sich um mögliche Zusatzausgaben des Bundes von bis zu 45 Millionen Franken.

Die FDP-Fraktion hat sich für einen geringen Ausbau für die Regional- und Lokalpresse eingesetzt und eine Aufhebung der Mitgliedschafts- und Stiftungspressen sowie die Verlagerung der bisherigen Unterstützungsbeträge für diese an die Frühzustellung. Aufgrund des gegenläufigen Abstimmungsergebnisses im Nationalrat hat die FDP die Parlamentarische Initiative in der Schlussabstimmung abgelehnt.

## 13 Finanzierung der 13. AHV-Rente weiterhin unklar

Der Nationalrat stimmt mit dem Ständerat überein, dass die 13. AHV-Rente im Dezember 2026 das erste Mal ausbezahlt werden soll. Der Entscheid war hierbei einstimmig. Währenddessen die Umsetzung unbestritten war, steht hierauf jetzt die Finanzierung der 13. AHV-Rente als grosses Diskussionsthema im Raum. Dies wird das dominante Thema in der sozialen Sicherheit in den nächsten Jahren sein. Hierbei verursacht nicht nur der demographische Wandel einen steigenden Druck, sondern auch die Zusatzausgaben, die aufgrund der 13. AHV-Rente erfolgen. Gleichzeitig steht in näherer Zukunft die Mitte-Initiative zur Aufhebung der Ehepaar-Plafonierung im Raum, welche zu weitere Zusatzausgaben führen kann. Hier muss alles darangesetzt werden, dass keine weiteren Initiativen im Bereich der Altersvorsorge angenommen werden, die nicht gleichzeitig auch die Finanzierung klären.

## 14 Klares Nein zur Service-Citoyen-Initiative

Mit 166 zu 19 Stimmen hat der Nationalrat die Volksinitiative „Für eine Schweiz, die sich engagiert“ abgelehnt, welche einen obligatorischen Zivildienst für alle jungen Schweizerinnen und Schweizer einführen wollte. Die FDP unterstützte diese Ablehnung, da sie ihren Werten der individuellen Freiheit und der wirtschaftlichen Effizienz treu geblieben ist. Obwohl die Idee des kollektiven Engagements verlockend war, hätte die Initiative geschätzte 5 Milliarden Franken pro Jahr gekostet und doppelt so viele Menschen dem Arbeitsmarkt entzogen. Der Text warf auch zahlreiche ungelöste praktische Fragen auf, wie die Aufteilung der Bestände zwischen Armee, Zivilschutz und anderen Diensten sowie die Gefahr des Lohndumpings in gewissen Bereichen. In einem international angespannten Umfeld ist für die FDP klar, dass es jetzt eine gezielte Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeiten braucht und keine Experimente.

## 15 Langsame Beschleunigung der Stromproduktion

Der Beschleunigungserlass für den Ausbau der einheimischen Wasser-, Sonnen- und Windenergie ist ins Stocken geraten. Wegen gewichtiger Differenzen zwischen National- und Ständerat über die Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts hat die zuständige Ständeratskommission beschlossen, das Geschäft nochmals vertieft zu prüfen. Es geht um die Frage, wie stark die Verbandsbeschwerde gegen die 16 vom Volk gutgeheissenen Wasserkraftprojekte eingeschränkt werden kann. Einig waren sich die Räte bei der geplanten Solaroffensive. Das Parlament beschloss, den so genannten Solarexpress, also den beschleunigten und finanziell geförderten Bau von alpinen Solaranlagen, zu verlängern.

## 16 Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

**25.3248 Ip. Fraktion RL** (*Sprecherin: Jacqueline de Quattro*). **Entwaffnung der Polizei: Wie beurteilt der Bundesrat diese links-grüne Idee?**

### Text:

Der Gemeinderat (Legislative) der Stadt Lausanne mit rot-grüner Mehrheit stimmte für eine teilweise Entwaffnung der Polizistinnen und Polizisten in Lausanne.

Diese Forderung erfolgte in einem Sicherheitsumfeld, das von steigender Gewaltkriminalität und terroristischen Bedrohungen geprägt ist – und dies in einer der unsichersten Städte der Schweiz.

Für die FDP ist klar: Polizeikräfte müssen jederzeit in der Lage sein, effizient auf lebensbedrohliche Situationen zu reagieren – sowohl zum Schutz der Bevölkerung als auch zur eigenen Sicherheit.

Trotz öffentlicher Kritik, einer Petition mit über 28'000 Unterschriften sowie breitem Widerstand gegen die Entwaffnung der Polizei haben sich bislang weder die SP noch die Grünen von diesem Vorhaben distanziert.

Deshalb – im Wissen, dass die Polizei in die kantonale Zuständigkeit fällt – ersuchen wir den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie bewertet der Bundesrat die innere Sicherheitslage, insbesondere im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen bei Gewaltkriminalität und terroristischen Bedrohungen?
2. Wie bewertet der Bundesrat eine mögliche Entwaffnung der Polizei?
3. Welche Auswirkungen hätte eine Entwaffnung der Polizei auf die Einsatzfähigkeit und die Sicherheit der Bevölkerung, insbesondere in Krisen- und Bedrohungslagen?

**25.3273 Ip. Fraktion RL (Sprecher: Philippe Nantermod) NEIN zum Verbot internationaler Adoptionen!**

**Text:**

Aufgrund der jüngst veröffentlichten Medienmitteilung des Bundesrates vom 29.01.2025 besteht grosse Besorgnis darüber, dass das von Bundesrat Beat Jans angestrebte Verbot internationaler Adoptionen zu einem faktischen Moratorium geführt hat. Die betroffenen Familien, Institutionen und vor allem die Kinder leiden bereits heute unter der durch diese angekündigte Regelung entstandenen Ungewissheit. Die FDP kritisiert, dass ein generelles Verbot, das als Instrument zur Bekämpfung von Missbräuchen eingeführt werden soll, gleichzeitig Tausenden von Kindern die Chance auf ein liebevolles Zuhause verwehrt. Vor diesem Hintergrund wird der Bundesrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Bestätigt der Bundesrat, dass die Ankündigung eines Verbots internationaler Adoptionen zu erheblichen Verzögerungen im Adoptionsprozess führt und somit bereits heute gravierende Auswirkungen bei betroffenen Familien und Kindern verursacht?
2. Welche konkreten Missbrauchsfälle oder -risiken liegen der Entscheidung zugrunde, internationale Adoptionen künftig grundsätzlich auszuschliessen? Inwiefern rechtfertigen diese Fälle ein pauschales Verbot?
3. Ist der Bundesrat der Auffassung, dass ein generelles Verbot das geeignete Mittel zur Bekämpfung von Missbräuchen ist? Welche alternativen, verhältnismässigen und ethisch vertretbaren Massnahmen könnten stattdessen ergriffen werden, um Missbrauch zu verhindern und gleichzeitig die Möglichkeit internationaler Adoptionen zu erhalten?
4. Wäre es nach Auffassung des Bundesrates rechtlich möglich gewesen, den Missbrauch in internationalen Adoptionsverfahren gezielt zu bekämpfen, ohne dabei alle betroffenen Familien und Kinder in eine rechtliche und emotionale Unsicherheit zu stürzen? Bitte erläutern Sie die neutralitäts- und verfassungsrechtlichen Aspekte in diesem Zusammenhang
5. Gibt es vergleichbare Fälle in anderen Ländern, bei denen Missbrauchsfälle in internationalen Adoptionsverfahren gezielt angegangen werden konnten, ohne ein generelles Verbot auszusprechen? Falls ja, welche Lehren zieht der Bundesrat aus diesen Beispielen für die Situation in der Schweiz?
6. Wie gedenkt der Bundesrat, in Zukunft vorzugehen, um einerseits den Schutz vor Missbrauch zu gewährleisten und andererseits die dringend benötigte Perspektive für Kinder, die durch internationale Adoptionen ein liebevolles Zuhause finden könnten, zu erhalten?

**25.3270 Ip. Fraktion RL (Sprecher: Heinz Theiler) Gefährliche Exportbeschränkungen schaden unserer Rüstungsindustrie – wann handelt der Bundesrat?**

**Text:**

In diesen Tagen erleben wir die gravierendsten sicherheitspolitischen Veränderungen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Für die FDP-Fraktion ist klar: Die Sicherheit der Schweiz muss wieder an erster Stelle stehen. Die Armee muss so schnell wie möglich wieder verteidigungsfähig werden. Dabei kommt der heimischen Rüstungsindustrie eine besondere Rolle zu, denn ohne Rüstungsindustrie gibt es keine Verteidigungsfähigkeit. Der Eigenbedarf der Schweizer Armee reicht aber nicht aus. Es ist deshalb unabdingbar, dass die Schweizer Rüstungsunternehmen verlässlich Waffen und Munition an unsere Partner exportieren können. Die aktuellen Exportrestriktionen stellen die hiesigen Rüstungsproduzenten vor grosse Herausforderungen und beeinträchtigen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit, ihre Innovationskraft und den Erhalt des industriellen Know-hows im Inland massiv. Ohne die Wiederzulassung von Schweizer Waffenexporten zwischen demokratischen Staaten unter bestimmten Bedingungen und natürlich unter der Voraussetzung, dass es sich dabei nicht um einen simplen Umgehungsversuch unserer Neutralität handelt, ist die Schweiz in einer sehr schlechten Ausgangslage. Deshalb bitten wir den Bundesrat, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie bewertet der Bundesrat die Auswirkungen der aktuellen Beschränkungen für Kriegsmaterialexporte auf unsere diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu unseren engsten Partnern?
2. Der Bundesrat hat die Motion Burkart (22.3557) abgelehnt, welche der Rüstungsindustrie geholfen hätte. Die Motion wollte den Export von Schweizer Kriegsmaterial unter Wahrung der Neutralität lockern. Welche konkreten Massnahmen gedenkt der Bundesrat nun zu ergreifen, um angesichts der drohenden Verlagerung der Rüstungsindustrie ins Ausland die Produktion von Rüstungsgütern in der Schweiz zu sichern? Und welche Massnahmen ergreift der Bundesrat, um das Know-how der industriellen und technischen Produktion im Rüstungsbereich in der Schweiz zu erhalten?
3. Welche wirtschaftlichen Folgen (Arbeitsplätze, Innovation, Fachwissen) haben die aktuellen Beschränkungen auf die Schweizer Rüstungsindustrie?